



Gegendarstellung zum Beitrag der Jungen-Union vom 05.02.2014

Kommentar der Jungen-Union (JU) in Velbert
zu dem Thema "Sekundarschule" und dem
Bürgerentscheid zum Erhalt der Heinrich-
Kölver Schule vom 05.02.2014

Dem aus dem Schreiben der JU zitierten Text (fett gedruckt) folgt jeweils meine
Gegenäußerung.

**JU: (...) In der Kooperativen Form ist es vorgesehen die Schüler bis Klasse 6
gemeinsam zu unterrichten und dann, außer in bestimmten Fächern nach den
Leistungen zu teilen. So wird ein längeres gemeinsames Lernen ermöglicht. Die
Schülerinnen und Schüler haben aber auch ab der siebten Klasse eine Chance, bewusst
auf einen Wechsel zum Gymnasium in der zehnten Klasse hinzuarbeiten. Zur
Sicherung dieser Möglichkeit wurde ein Kooperationsvertrag mit dem Gymnasium
Langenberg geschlossen der gewährleistet, dass die Schüler mit entsprechenden
Noten am Gymnasium Langenberg angenommen werden müssen, wenn sie denn
dorthin wechseln wollen.(...)**

Die erwähnte Chance ab Klasse 7 trifft nur auf die Schülerinnen und Schüler zu, die in den
Fächern Mathematik, Deutsch und Englisch jeweils mindestens eine Drei am Ende der
Klasse 6 haben und deshalb in den Bildungsgang Erweiterungsebene (Realschule)
aufgenommen werden. Alle anderen Schüler kommen in den Bildungsgang Grundebene
(Hauptschule), aus dem Sie nur bis Ende Klasse 8 in die Erweiterungsebene wechseln
können, wenn die schulischen Leistungen dies ermöglichen. Wer mit dem Bildungsgang
Grundebene am Ende der Klasse 10 die Sekundarschule Velbert-Neviges verlässt, hat den
Hauptschulabschluss nach Klasse 10 erworben, der einen Übergang zum Gymnasium nicht
ermöglicht. Im Übrigen ist der Kooperationsvertrag mit dem Gymnasium Langenberg kein
Spezifikum der Sekundarschule, die HKS-Realschule hat solch einen Vertrag mit dem
Gymnasium Langenberg seit Jahren.

**JU: (...) Die Intention ist eindeutig: Die Parteien möchten eine weiterführende Schule
in Neviges erhalten und dies auch auf einem möglichst hohen Niveau. [...].Die
Realschule in Neviges soll nicht geschlossen werden. Sie soll weiter bestehen. Sogar
der Name könnte fast vollständig erhalten bleiben: Heinrich-Kölver-
Sekundarschule.(...)**

Hier bleibt festzustellen, dass die Heinrich-Kölver-Schule (HKS) als Städtische Realschule
Velbert Neviges eine weiterführende Schule ist, mit einem seit Jahren anerkannt hohen
Niveau. Warum also eine weiterführende Schule, die HKS, sterben lassen, um eine neue,
unerprobte weiterführende Schule die Sekundarschule Velbert-Neviges einzuführen.

JU: (...) Die Heinrich-Kölver-Schule könnte in ihrer jetzigen Form sicher noch einige Jahre bestehen bleiben, denn die Anmeldezahlen die für die nächsten zehn Jahre prognostiziert werden sind noch tragbar. [...]Wichtig ist aber auch: Die Hardenbergschule kann in ihrer jetzigen Form nicht bestehen bleiben. Die Schülerinnen und Schüler [,] die eine eingeschränkte Realschulempfehlung oder eine normale Hauptschulempfehlung bekommen [,] werden aber bleiben und müssen weiterhin beschult werden. Fakt: Da die Beschulung wohnortnah geschehen muss und nicht alle Schüler zur Martin-Luther King Schule wechseln können müssten bei einem Erhalt der Heinrich-Kölver-Schule in der Realschule Hauptschülerinnen und Schüler unterrichtet werden.(...)

Der dargestellte Fakt eines Muss zu einer wohnortnahen Beschulung von Hauptschülern ist eine nicht belegte Behauptung. In der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen und im Schulgesetz NRW wird dazu nichts ausgesagt. Die Stadt Velbert als Schulträger ist in der glücklichen Lage in der Stadtmitte nach Auflösung der Hauptschule Hardenberg noch die Martin-Luther-King-Schule als Hauptschule zu haben. Dort können die Schülerinnen und Schüler der Hardenbergschule und alle zukünftigen Hauptschüler der Stadt Velbert aufgenommen werden. Als vor Jahren die letzte Hauptschule in Langenberg verschwand, fuhren auch Kinder zur Hauptschule Hardenberg in Neviges. Die Unterbringung dort ist also auch keine wohnortnahe Unterbringung.

JU: (...)Warum widersprechen wir also diesem Zitat und stimmen gegen den Bürgerentscheid? Leider ist es so, dass die Initiatoren des Bürgerentscheides sich wenig für Fakten und viel mehr für die Emotionen der Menschen in Velbert und vor allem Neviges interessieren. Für uns gilt aber: Mit den Emotionen der Menschen spielt man nicht und mit emotional getriebenen Entscheidungen wurde auch noch nie verlässliche und zukunftssichere Politik gemacht.(...)

Fakt ist doch, dass die Politik sich nicht an Vorgaben hält, die von der Bezirksregierung als Leitfaden zur Errichtung einer Sekundarschule vorgegeben wurden und man die Emotionen der Bürger, die gegen eine Sekundarschule gestimmt haben (über 5000) nicht wahrnimmt oder ablehnt.

Hier ein Auszug aus dem Leitfaden:

Vor Ort kann dieses Konzept nur dann seine volle Wirkung entfalten, wenn es von einem breiten Konsens getragen ist. Sind wesentliche gesellschaftliche Gruppen darüber zerstritten, ob das Angebot einer Sekundarschule im Ort sinnvoll ist, kann das eine geringere Akzeptanz des neuen Angebots bedeuten und infrage stellen, ob die Schule überhaupt eingerichtet werden kann. Im Antrag auf Errichtung einer Sekundarschule muss daher schlüssig dargelegt werden, dass die erforderliche Mindestzügigkeit durch Kinder aus der Gemeinde über den Zeitraum von fünf Jahren gesichert ist. Dazu kann eine anonyme Elternbefragung wichtige Aufschlüsse geben. Wenn sich dies im Anmeldeverfahren nicht bestätigt, kann die Schule nicht errichtet werden.

Es ist davon auszugehen, dass in größeren Gemeinden auch bei Errichtung einer Sekundarschule andere Schulformen weiterhin Bestand haben. Es ist davon abzuraten, eine Sekundarschule ausschließlich auf der Basis existenzgefährdeter Hauptschulstandorte zu bilden. Damit würde der gewünschte Effekt, die Sekundarschule als wohnortnahes, umfassendes Angebot für gemeinsames Lernen einzurichten, verfehlt.

Die Politik beruft sich immer wieder auf den demografischen Wandel, verschweigt allerdings, dass es doch eher ideologisch motiviert ist.

Auszug aus dem Mülheimer Aufruf:

Unter dem Deckmantel des demografischen Wandels findet derzeit in Nordrhein- Westfalen ein tiefgreifender Umbau der Schullandschaft statt. Dieser Umbau ist nur Vordergründig struktureller Natur. Tatsächlich ist er zutiefst ideologisch motiviert. Es geht darum, eine gesteuerte, streng reglementierte Schule zu schaffen, die Lehrer zu Lernbegleitern und Schüler zu Lernpartnern degradiert. Wohlklingende Formeln wie „Eine Schule für alle“, „Länger gemeinsam Lernen“, „Kein Kind zurücklassen“ suggerieren mehr Chancengleichheit und Gerechtigkeit und verbrämen den ökonomistischtechnokratischen Ansatz und die systematische Benachteiligung der schwächeren Schüler. Im Zuge dieser Entwicklung werden Lehrer als Pädagogen de facto abgeschafft. Lehrkräfte sollen zu Klassenmanagern werden, die für Ruhe sorgen und den reibungslosen Ablauf selbstorganisierter Lernprozesse sicherstellen. Flankiert wird dieser Prozess von Institutionen wie der OECD und der Bertelsmann-Stiftung, die mit einer Flut von Studien die vermeintliche Unterlegenheit und Ungerechtigkeit des deutschen Bildungssystems propagieren. Parallel dazu werden die PISA-Studien zum alleinigen Maßstab für die Qualität und Leistungsfähigkeit dieses Systems. Resultat ist eine schon jetzt erkennbare Nivellierung der Bildungsqualität. Das Leistungsprinzip wird diffamiert. Höhere und bessere Abschlüsse werden mit einer Absenkung der Qualitätsstandards erkaufte.

Diese Entwicklung ist gefährlich! Immer mehr Bildungswissenschaftler, Verbände, Lehrer, Eltern und Schüler erkennen das. Die „Initiative für pädagogische Freiheit und Verantwortung“, die sich am 13. November 2013 in Mülheim konstituiert hat, will diese Fehlentwicklungen benennen und entlarven. Sie tritt ein für eine humanistisch, sozial-emanzipatorisch und christlich geprägte Bildung. Die „Initiative für pädagogische Freiheit und Verantwortung“ fordert:

- Ziel von Schule ist nicht die Schaffung normierter Schüler, sondern Charakterbildung. Bildung dient nicht dazu, eine funktionierende und führbare Masse heranzuziehen, sondern freiheitlich und sozial verantwortlich denkende und handelnde Bürger. Bildung speist sich aus einer christlichen, humanistischen und emanzipatorischen Tradition. Bildung soll dazu befähigen, Verantwortung für die Schöpfung zu übernehmen und soziale Gerechtigkeit zu schaffen.
- Erziehung, Bildung und Lernen erfordern eine Beziehung zwischen Schülern und Lehrern. Selbstorganisiertes Lernen unterbindet diese Beziehung und behindert Selbstständigkeit.
- Lehrer statt Lernbegleiter, pädagogische Freiheit statt Steuerung! Lehrerinnen und Lehrer müssen die Gesamtheit des Faches, des Pädagogischen und des Menschlichen überblicken können und dürfen.
- Das „längere gemeinsame Lernen“ in selbstorganisierten Methodensettings stiftet nicht Gemeinschaft, sondern Isolation: Schüler werden zu vereinzelt Lernplanbewältigern. Dies führt zu einer Atomisierung des Unterrichts und einer Fragmentierung der Inhalte.
- Die Dequalifizierung der Lehrerbildung muss aufhören. Der Bologna- Prozess führt zu einer Entakademisierung des Lehrerberufs und zu einer Entprofessionalisierung der Lehrkraft.
- Stopp der Bildungsnivellierung. Es schafft eben keine Bildungsgerechtigkeit, wenn alle einen besseren Abschluss haben und trotzdem weniger können.

Abschließend bleibt nur zu sagen, dass es in Velbert genügend Eltern gibt, die an der Bildung Ihrer Kinder interessiert sind und die sich hoffentlich bei der am 25. Mai 2014 anstehenden Kommunalwahl an Gegebenheiten, die zur Zeit bedingt durch die Politik Velbert belasten, erinnern.

Mike Trommler